

Legal News Energierecht

Aktuelle Informationen zu energierechtlichen Entwicklungen

Ausgabe 4, Februar 2021

Inhalt

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft.....	2
Update E-Mobilität: Bundeskabinett beschließt Schnellladegesetz (SchnellLG).....	2
Update: THG-Quote – neue Vorgaben für mehr Erneuerbare Energien im Verkehrssektor beschlossen.....	2
Webinar zur 10. GWB-Novelle	3
Wasserstoffproduktion soll im Kreis Unna zum Klimaschutz beitragen	4
Rechtsprechung.....	4
OLG Düsseldorf zu Voraussetzungen und Umfang der Akteneinsicht in Konzessionsverfahren	4
Über uns	5
Ihre Ansprechpartner	5
Bestellung und Abbestellung.....	5

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

RAin Sophia Truong
Tel.: +49 211 981-2732
sophia.truong@pwc.com

RA Philipp Landorff
Tel.: +49 211 981-7284
philipp.landorff@pwc.com

Update E-Mobilität: Bundeskabinett beschließt Schnellladegesetz (SchnellLG)

Am 10. Februar 2021 hat das Bundeskabinett den durch das Verkehrsministerium vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung flächendeckender Schnellladeinfrastruktur für reine Batterieelektrofahrzeuge“ – das sog. Schnellladegesetz – beschlossen. Mit der Maßgabe, bis zum Jahr 2023 rund 1.000 Schnellladehubs zu installieren, soll der Markthochlauf der Elektromobilität dadurch infrastrukturell optimal vorangetrieben werden.

Durch den Entwurf des SchnellLG wurde nunmehr eine erste Grundlage für die geplante Ausschreibung zum Aufbau eines öffentlichen Schnellladenetzes geschaffen (wir berichteten). Ziel des SchnellLG ist die Errichtung einer flächendeckenden und nutzerfreundlichen öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur, um einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Verkehrswende zu leisten.

Erstmals werden umfassende Vorgaben für den Aufbau und Betrieb eines bundesweiten Schnellladenetzes geschaffen, wodurch den Erfordernissen einer zukunftsfähigen Mittel- und Langstreckenmobilität an wichtigen Standorten in urbanen Gebieten sowie an Fernstraßen Rechnung getragen werden soll. Die anteilige Förderung soll mittels einer europaweiten Ausschreibung erfolgen.

Der Bund selbst soll nicht zum Ladepunktbetreiber werden. Vielmehr soll über das Ausschreibungsverfahren mit dem Ziel langfristiger Verträge Aufbau und Betrieb durch den Bund in Auftrag gegeben werden. Neben dem zahlenmäßigen Ausbau der Ladeinfrastruktur steht dabei u.a. das Laden mit einer Ladeleistung von über 100 kW im Vordergrund (sog. High-Power-Charging – HPC). Dadurch soll die Mittel- und vor allem Langstreckenmobilität deutlich verbessert werden. Der Bund plant aktuell mit einem Volumen von rund 2 Milliarden Euro für den nationalen Auf- und Ausbau der Schnellladeinfrastruktur, behält sich im Übrigen aber auch vor, sich wirtschaftlich anteilig an der Durchführung der Projekte zu beteiligen, soweit dies nach den Ergebnissen der Ausschreibung erforderlich wäre.

Das Ausschreibungsverfahren selbst umfasst die europaweite Ausschreibung in 10 bis 15 Losen, wobei die Teilnahme als Bietergemeinschaft möglich ist. Hierdurch soll auch kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt werden, die erforderliche Dimensionierung derartiger Projekte zu bewerkstelligen. Eine wesentliche Rolle kommt in diesem Zusammenhang auch der Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur zu, welche mit dem sog. StandortTOOL (wir berichteten) den infrastrukturellen Bedarf an Ladepunkten ermittelt und überwacht. Hierdurch soll einerseits ein möglichst flächendeckender Ausbau von Schnellladeinfrastruktur ermöglicht, andererseits die Entstehung ineffizienter Standortüberschneidungen vermieden werden.

Aktuell ist eine Verabschiedung des SchnellLG noch im Frühjahr 2021 geplant, zumal das Ausschreibungsverfahren bereits im zweiten Quartal 2021 aufgenommen werden soll.

Bei Fragen rund um den Ausbau von Ladeinfrastruktur bzw. im Zusammenhang mit der innerbetrieblichen Umsetzung elektromobiler Lösungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Update: THG-Quote – neue Vorgaben für mehr Erneuerbare Energien im Verkehrssektor beschlossen

Deutschland möchte den Anteil Erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2030 auf 28 Prozent steigern. Um dieses Ziel in rund neun Jahren erreichen zu können, hat das Bundeskabinett entsprechende Vorgaben für den Ausbau Erneuerbarer Energien im Bereich des Verkehrs beschlossen.

Der Verkehrssektor wird oft als „Sorgenkind der Energiewende“ bezeichnet. Die Abhängigkeit des Straßenverkehrs von fossilem Erdöl ist – mit über 90 Prozent – besonders hoch. Schon heute gehen in Deutschland

RAin Sophia Truong
Tel.: +49 211 981-2732
sophia.truong@pwc.com

RA Philipp Landorff
Tel.: +49 211 981-7284
philipp.landorff@pwc.com

rund 30 Prozent des Endenergieverbrauchs und etwa 20 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen auf den Verkehr zurück. Durch den weiterwachsenden Güter- und Luftverkehr steigen auch die verkehrsbedingten Emissionen gleichermaßen.

Das Bundeskabinett hat den bereits im Vorfeld teilweise bekannt gewordenen Entwurf zur Verschärfung der Minderungsquote für Treibhausgase (THG) im Verkehrssektor nunmehr beschlossen. Der Anteil Erneuerbarer Energien soll bis 2030 auf 28 Prozent steigen und damit doppelt so hoch sein, wie von der EU vorgesehen. Neben stärkeren Anreizen für grünen Wasserstoff und dem umfassenden Ausbau der (Schnell-)Ladeinfrastruktur beinhaltet der Entwurf auch die Maßgabe, Palmöl ab 2026 nicht mehr als Biokraftstoff einzuordnen.

Der Entwurf wird nunmehr vom Bundestag geprüft. Bei Inkrafttreten nach entsprechendem Beschluss des Bundestags und des Bundesrates würde es zu u.a. Änderungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) führen, darunter bzgl. der Regelung der THG-Quote.

Durch diese THG-Quote soll die Reduzierung der Kraftstoffemissionen bei Mineralölunternehmen festgelegt werden. Allein durch die Beimischung von Biokraftstoffen (z.B. Bio-Ethanol) in Benzin o.ä. ist die Erreichung der Quote nicht darstellbar. Dadurch müssen Unternehmen aus dem Mineralölsektor entsprechende THG-Quoten bei solchen Unternehmen erwerben, die Kraftstoffe mit vergleichsweise geringeren Emissionen in den Verkehr bringen.

Neben der vorgenannten Quote von 28 % werden etwa auch für den Einsatz von Wasserstoff über eine doppelte Anrechnung der Quote zusätzliche Anreize gesetzt; für Ladestrom sogar die dreifache Anrechnung. Betreiber von Ladepunkten können für die abgesetzten Strommengen beim Umweltbundesamt Nachweise erhalten und diese entsprechend vermarkten. Zusätzlich wird im Flugverkehr ein Mindestanteil an Kraftstoff aus Ökostrom eingeführt; dieser Anteil soll bis 2030 auf zwei Prozent steigen.

Mit der Regelung der THG-Quote setzt die Bundesregierung die Vorgaben der „Renewable Energy Directive“ (EU: RED II) in nationales Recht um und geht sogar deutlich über die dort vorgeschriebenen 14 Prozent hinaus. Für Stromlieferanten an der Ladesäule kann sich hieraus eine Chance für die Realisierung entsprechender Geschäftsmodelle ergeben.

Die Höhe der THG-Minderungsquote ist in den vergangenen Jahren von 3,5 % (2015) über 4,5 % (2018) auf 6 % (2020) gestiegen und soll

- 2022 – 6,5 Prozent,
- 2023 – 7 Prozent,
- 2024 – 8 Prozent,
- 2026 – 10 Prozent,
- 2028 – 14,5 Prozent sowie
- im Jahr 2030 – 22 Prozent betragen.

Bisher sind zur Teilnahme am THG-Quotenhandel nur Stromanbieter berechtigt, die Strom direkt an Elektrofahrzeuge (privat oder gewerblich) und öffentlich zugängliche Ladestationen liefern.

Sprechen Sie uns gerne an, sofern Sie Unterstützung rund um die THG-Quote bzw. entsprechende elektro-mobilen Konzepte benötigen.

RAin Susanne Zühlke
Tel.: +49 30 2636-1707
susanne.zuehlke@pwc.com

RA Dr. Gerung von Hoff
Tel.: +49 30 2636-2420
gerung.von.hoff@pwc.com

Webinar zur 10. GWB-Novelle

Wir möchten Sie heute schon über unser Webinar am 24. März 2021 um 9 Uhr zur 10. GWB-Novelle ("GWB-Digitalisierungsgesetz") informieren.

Mit Inkrafttreten der 10. GWB-Novelle am 19. Januar 2021 wurden verschiedene Bereiche des GWB angepasst und überarbeitet, u.a. die Missbrauchskontrolle, die Fusionskontrollschwellenwerte, wesentliche Elemente des Kartellbußgeldverfahrens sowie das Kronzeugenprogramm. Wir freuen uns, dass wir in unserem Webinar die wesentlichen Änderungen mit dem zuständigen Abteilungsleiter aus dem BMWi besprechen können. Eine ausführliche Einladung folgt.

Melanie Saß

Tel.: +49 151 43 88 1907
melanie.sass@pwc.com

Dr. Jürgen Petersheim

Tel.: +49 30 2636-5409
juergen.peterseim@pwc.com

Wasserstoffproduktion soll im Kreis Unna zum Klimaschutz beitragen

Die gemeinsame Machbarkeitsstudie „GWA Unna – lokale Wasserstoffinfrastruktur“ der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna (GWA Unna) und PwC prüft ein Wasserstoffkonzept.

Die Anlage soll den öffentlichen Nahverkehr, die Entsorgungslogistik und die regionale Industrie klimaneutral versorgen. Die Regulatorik, öffentliche Förderung und der Verkauf von Wasserstoff könnten die Kosten drastisch senken. Lesen Sie mehr dazu in der gemeinsam veröffentlichten Pressemitteilung.

Rechtsprechung

RA Björn Jacob

Tel.: +49 211 981-7259
bjoern.jacob@pwc.com

OLG Düsseldorf zu Voraussetzungen und Umfang der Akteneinsicht in Konzessionsverfahren

Das OLG Düsseldorf hat sich mit Urteil vom 4. November 2020 (Az. 27 U 3/20) mit den Voraussetzungen für die Akteneinsicht nach § 47 EnWG, deren Umfang sowie den Verpflichtungen der Gemeinde hinsichtlich der Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen beschäftigt.

Die Verfügungsklägerin hatte im Nachgang zur Mitteilung der Gemeinde, dass diese beabsichtige, den Zuschlag auf die Stromkonzession einem anderen Unternehmen zu erteilen, Akteneinsicht nach § 47 Abs. 3 EnWG beantragt. Die Gemeinde hatte im Rahmen dieser Akteneinsicht das Angebot des obsiegenden Unternehmens sowie sich darauf beziehende Teile des Auswertungsvermerks nur weitgehend geschwärzt zur Verfügung gestellt. Die Verfügungsklägerin machte vor Gericht geltend, dass sie durch die eingeschränkte Akteneinsicht unbillig behindert worden sei, da ihr ein unbeschränktes Akteneinsichtsrecht zustehe. Dies entfalle auch nicht durch den pauschalen Hinweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Die Gemeinde trat dem mit den Argumenten entgegen, der Verfügungsklägerin fehle das Rechtsschutzbedürfnis, da sie noch keine inhaltlichen Rügen erhoben habe, zudem sei der Antrag zu weit, da die Verfügungsklägerin nur geltend machen könne, dass die Akteneinsicht nicht hinreichend gewesen sei.

Das OLG Düsseldorf hat hierzu entschieden, dass die Anforderungen an eine diskriminierungsfreie und transparente Auswahlentscheidung bereits aufgrund einer unzureichenden Akteneinsicht nicht mehr gegeben sein können. Das Recht auf Akteneinsicht sei von keinen weiteren Voraussetzungen, insbesondere nicht von zuvor erhobenen inhaltlichen Rügen abhängig. Das OLG hob hinsichtlich des Umfangs der Akteneinsicht hervor, dass dieses nicht schrankenlos gelte, sondern nur in Bezug auf die Aktenbestandteile bestehe, die für die Auswahlentscheidung relevant seien. Auch bedürfe es der Akteneinsicht in das Angebot des Zuschlagsprätendenten nicht immer, sondern nur, wenn die Einsichtnahme in den Auswertungsvermerk der Gemeinde ergebe, dass diese dem Einsicht nehmenden Unternehmen zur Rechtswahrung - namentlich zur Entscheidung über die Formulierung und Anbringung von Rügen - nicht ausreiche. Jedoch könne sich die Gemeinde nicht, wie vorliegend, pauschal auf die Schwärzungen durch den Zuschlagsprätendenten berufen, sondern habe eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse des unterlegenen Bewerbers an der Akteneinsicht auf der einen und dem Interesse des Zuschlagsprätendenten an der Wahrung seiner Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse auf der anderen Seite zu treffen.

Über uns

Ihre Ansprechpartner

Peter Mussaeus

Tel.: +49 211 981-4930

peter.mussaeus@pwc.com

Michael H. Küper

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter Legal News Energierecht bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Bestellung" an: subscribe_News_Energierecht@de.pwc.com.

Wenn Sie den PDF-Newsletter Legal News Energierecht abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Abbestellung" an: unsubscribe_News_Energierecht@de.pwc.com.

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Februar 2021 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft..

www.pwc.de